

Mehr Achtung als Einfluss

Norbert Seitz

Geboren in Wiesbaden,
promovierter Politik-
wissenschaftler, freier
Hörfunkjournalist beim
„Deutschlandfunk“.

Parteiintellektuelle in der CDU

Am Ende seiner Zeit als Vorsitzender der CDU-Grundsatzprogrammkommission stellte Richard von Weizsäcker ernüchert fest, dass man als geistiger Arbeiter in einer Partei allenfalls mit Achtung, aber nicht mit viel Einfluss rechnen könne.¹

Diesen Eindruck bestätigt auch Helmut Kohl in seinen Erinnerungen: „Ich selbst war vor der Übernahme des höchsten Parteiamts lange Jahre mit der Programmarbeit der CDU beschäftigt gewesen, die aber in weiten Teilen der Partei als Nebensache galt.“² Dies deckt sich im Übrigen mit dem Urteil des Vorzeigeeintellektuellen der Konkurrenzpartei, des SPD-Politikers Carlo Schmid, der den Typus des Parteiintellektuellen ironisch als redundante „Planstelle für Geist, Theorie und Lehrer“³ umschrieben hat.

Zum pragmatischen Selbstverständnis der Union gehörte es zunächst, eher mit Aktionsplänen aufzuwarten, die für größere Aufmerksamkeit sorgten als die eigentlichen Grundsatzprogramme von Ludwigshafen 1978, Hamburg 1994 oder Hannover 2007. Auch wenn sich die Partei lange Zeit ein Parteiprogramm verkniß und mit dem Erfolgslabel der *Mitte* alle ideologischen Gräben zu überwinden glaubte, gab es dennoch eine stattliche Reihe von intellektuellen Köpfen, die programmatische Akzente setzten und interne Debatten vorantrieben. Die Skala reicht vom Linkskatholiken Eugen Kogon bis hin zum bürgerlich-konservativen Juristen Franz Böhm. Für sie galt ebenso wie für die herausragenden Vordenker der Konkurrenz – Richard Löwenthal oder Peter Glotz in der SPD oder die Liberalen Ralf Dahrendorf und Werner Maihofer –, dass geistige Produktivität auch in einem Tendenzbetrieb wie in einer demokratischen Partei nur bei weitgehender Unabhängigkeit entstehen kann.

Drei Qualifikationen zeichnen Parteiintellektuelle im Allgemeinen aus: analytisch-diagnostische Fähigkeiten, eine konzeptionelle Kompetenz sowie innere Unabhängigkeit beziehungsweise kritische Distanz gegenüber der Funktionärswelt. Meist gilt für sie, wie es Kurt Biedenkopf formulierte: „Für mich war eine Partei nie eine Heimat, sondern eine Organisation mit dem Ziel, Menschen handlungsfähig zu machen, die im gleichen Sinne politisch auf das Gemeinwesen einwirken wollen und auf seine Gestaltung.“⁴ Im Folgenden sei exemplarisch auf einige Parteiintellektuelle und ihre Projekte im Raum zwischen Geist und Macht verwiesen.

Rüdiger Altmann hat die Ausgangssituation seiner intellektuellen Weggefährten im bürgerlichen Umfeld so umschrieben: „Es ist schwierig, sich eines verächtlichen Mitgefühls zu erwehren, wenn man die Amateur-Ideologen des Konservatismus an der Arbeit sieht, wie sie mit archaischer Passion die Scherben von Töpfen zusammenleimen, in denen niemand mehr politische Mahlzeiten kochen wird.“⁵

Freier Markt und sozialer Ausgleich

In den Anfangszeiten der CDU war mit Alfred Müller-Armack ein Gelehrter wichtig, der in der Öffentlichkeit nie groß in Erscheinung getreten ist, obwohl er publizistisch doch den größten Erfolg aufzuweisen hatte. Denn auf ihn, den Nationalökonom, passionierten Kulturosoziologen und Max Weber-Experten, geht die begriffliche Integrationsformel der „Sozialen Marktwirtschaft“ zurück, die er inhaltlich gemeinsam mit Ludwig Erhard, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Walter Eucken prägen sollte.

1 Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 240.

2 Helmut Kohl: Erinnerungen 1990-1994, München 2007, S. 658.

3 Siehe Norbert Seitz: „Parteiintellektuelle – Ein Reigen entschwundener Geister“, in: Frank Etrich / Dietmar Herz: Peter Glotz – Fechtmeister und Sänger. Die Rolle von politischen Intellektuellen im Zeitalter der Postdemokratie, Erfurt 2018, S. 135 ff.

4 Peter Köpf: Der Querdenker Kurt Biedenkopf. Eine Biografie, Frankfurt am Main 1999, S. 96.

5 Rüdiger Altmann: Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays, Stuttgart-Degerloch 1968, S. 47 f.

6 Alfred Müller-Armack: „Soziale Marktwirtschaft“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, Stuttgart 1953, S. 390-392.

7 Rüdiger Altmann, a. a. O., siehe Rn. 5, S. 27 f.

8 Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 201 f.

Dieser Begriff war für die CDU kein ideologischer Selbstläufer, denn die Bandbreite an wirtschaftspolitischen Vorstellungen reichte damals in der Union von Eugen Kogons „Frankfurter Leitsätzen“ über das legendäre „Ahlener Programm“ bis zu den „Düsseldorfer Leitsätzen“, also von christlich-sozialistischen bis zu bürgerlich-wirtschaftsliberalen Vorstellungen. Müller-Armack schuf ein neues Ordnungsmodell von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, das einen Mittelweg zwischen Kollektivismus und Kapitalismus suchte, um „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“.⁶ Die Schaffung und Garantie des sozialen Ausgleichs sollte nach Müller-Armack, dem Leiter der Grundsatzabteilung in Erhards Bundeswirtschaftsministerium, Aufgabe des Staates sein.

Auf dem Erfolgskurs der Sozialen Marktwirtschaft verharnte die Union lange in ihrem programmabstinenter Stolz, ein sogenanntes *Godesberg à la SPD* anno 1959 nicht nötig zu haben. Deshalb reagierte die Partei irritiert, als Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem Düsseldorfer Wahlparteitag 1965 ein Konzept mit dem Titel „Formierte Gesellschaft“ vorstellte, das Rüdiger Altmann zusammen mit dem Publizisten Johannes Gross – beide Erhards Berater im sogenannten Vorhof der Macht – entwickelt hatte. Es ging davon aus, „dass sich arbeitsteilige Wirtschaftsprozesse nur dann reibungslos vollziehen, wenn jede ökonomische Entscheidung vom Bewusstsein „der schicksalhaften Verbundenheit aller mit allen“⁷ getragen werde. Doch diese Botschaft verfiel nicht. Vermisst wurde ein Hinweis auf das christliche Weltbild, andere – darunter auch Ex-Kanzler Konrad Adenauer – sahen gar das Erfolgslabel der Sozialen Marktwirtschaft verdrängt. So habe „Die Formierte Gesellschaft“ – wie Rainer Barzel in seinen Erinnerungen schreibt – „mehr verwirrt als Erneuerung gebracht“.⁸

„Tendenzwende“ als geistige Gegenbewegung

In den frühen 1970er-Jahren provozierten die Studentenrevolte und der sozialliberale Machtwechsel in Bonn eine bürgerliche Gegenoffensive wider den linken Zeitgeist – die „Tendenzwende“. Dabei stand die Renaissance des Lehrfaches Geschichte anstelle der vorübergehenden Dominanz eines gesellschaftstheoretischen Paradigmas im Vordergrund. Außerdem wurde Front gegen eine linke Emanzipationspädagogik und ihre Gesamtschulen gemacht, was 1978 im Wissenschaftskongress „Mut zur Erziehung“ gipfeln sollte.

Protagonist dieser kämpferischen „Tendenzwende“ war der am 8. Juni 2026 verstorbene Hans Maier, Politologe, engagierter Katholik und Kultusminister in Bayern. Er fasste während der stürmischen Zeit

von *Achtundsechzig*, als die Politisierung des Lehrbetriebs ins Kraut schoss, den Entschluss: „Diesen Leuten überlasse ich nicht die Universität. Ich werde eine Gegenbewegung organisieren.“⁹ So gründete er 1970 – auch mit sozialdemokratischen Professoren – den „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Peter Glotz, als früherer Wissenschaftssenator von Berlin Maiers sozialdemokratischer Gegenspieler in der Kultusministerkonferenz, attestierte ihm respektvoll: „Wenn einer das Verdienst beanspruchen kann, die Meinungsführerschaft der Linken in der Bildungspolitik gebrochen zu haben, dann dieser hochgebildete Bauernsohn aus dem Badischen [...]. Vor allem aber hatte er den Mut, Worte in den Mund zu nehmen, die [Mitte der siebziger Jahre] als reaktionärer Unsinn galten: Erziehung, Forschung, akademische Atmosphäre, Exzellenz. Maier gab dem Bürgertum – oder was davon übriggeblieben war – seine Sprache zurück.“¹⁰

Während Hans Maier die „Tendenzwende“ als geistige Gegenbewegung verstand, traten Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler mit ihren Konzepten in eine offene gesellschaftspolitische Konkurrenz zur Linken. Unter dem Parteivorsitz des jungen Helmut Kohl begann 1973 der Übergang der Union von der Honoratioren- zur Programm- und Mitgliederpartei. Das Verständnis von Solidarität geriet zum wichtigsten Streitpunkt in der grundsatzprogrammatischen Auseinandersetzung mit der SPD, und darüber hinaus fand eine zähe bildungspolitische Kontroverse über Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit statt. Im Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ ging es darum, Begriffe zu besetzen; die Sprache war zu einem wichtigen strategischen Mittel geworden.

Die Theorie der „Schweigespirale“

Ebenso entdeckten die Unions-Kanzler schon früh die Meinungsforschung, ohne sich von ihr abhängig zu machen. Eine wichtige Beratungsfunktion nahm dabei die Gründerin des Allensbach-Institutes, Elisabeth Noelle-Neumann, wahr. Wie sehr Helmut Kohl von ihr überzeugt war, beschreibt der Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz in seiner Kohl-Biographie: „So lässt er sich immer wieder von ihrer subtilen Argumentation in Bann schlagen. Über vierzig Jahre hinweg wird er stolz darauf sein, dass diese gescheite und eigenwillige Frau zum Kreis seiner engsten Berater gehört.“¹¹ Als intellektuelle Figur, die der Union nahestand, entwickelte die Demoskopin Noelle-Neumann in den 1970er-Jahren die Theorie der „Schweigespirale“, wonach Menschen ihre Meinung für sich behalten, wenn sie sich in der Minderheit glauben – häufig aus Angst vor sozialer Isolation.

Nachdem Kurt Biedenkopf bereits zuvor der Linken in der Mitbestimmungsdebatte das Feld nicht überlassen wollte, erfand er –

9 Hans Maier: *Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.*, München 2011, S. 162.

10 Peter Glotz: *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*, Berlin 2005, S. 142.

11 Hans-Peter Schwarz: *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, München 2012, S. 209.

12 „Mannheimer Erklärung der CDU“, in: Siegfried Hergt (Hrsg.): Parteiprogramme. Ergänzungsband, Leverkusen-Opladen 1975; siehe auch Konrad-Adenauer-Stiftung: Mannheimer Erklärung. Unsere Politik für Deutschland 1975, S. 91, www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6bbb6af-026d-e4f2-52c2-fb18318e4096&groupId=252038 [letzter Zugriff: 18.05.2026].

13 Kurt Biedenkopf, in: Peter Köpf, a. a. O., siehe Rn. 4.

14 Zitiert aus Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988, S. 28.

15 Ebd., S. 69.

zusammen mit Heiner Geißler und dessen Überlegungen über eine „neue Armut“ – die „Neue Soziale Frage“, die Eingang in die „Mannheimer Erklärung der CDU“¹² von 1975 fand. Sie formulierte gleichsam eine Antwort auf das etatistische Modernisierungskonzept der SPD, das im gleichen Jahr – ebenfalls auf einem Mannheimer Parteitag – als „Orientierungsrahmen ’85“ verabschiedet worden war. Darin sollte gesellschaftlichen Randgruppen ohne Lobby mehr Geltung gegenüber dem Großgruppenkorporatismus verschafft werden. Denn zum Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sei der Konflikt zwischen organisierten und nichtorganisierbaren Interessen getreten, betonte Kurt Biedenkopf: „Für uns hat der Staat den Auftrag, die Verteilung dessen, was wir alle gemeinsam erarbeiten, nicht danach zu steuern, wie laut organisierte Gruppen schreien oder welche Ansprüche sie an die Verteilung stellen, sondern nach [...] den Konzepten der sozialen Gerechtigkeit die autonomen Gruppen und Verbände in das Ganze, das Gemeinwohl einzuordnen.“¹³ Später musste Kurt Biedenkopf indes einräumen, dass Ludwig Erhard mit seiner ordnungspolitischen Standpauke nicht ganz falsch gelegen habe, die „Neue Soziale Frage“ würde nur eine neue verteilungspolitische Offensive eröffnen.

Die geistig-moralische Wende

Als Helmut Kohl 1982 Kanzler wurde, richtete sich seine Regierungsbotschaft einer „geistig-moralischen Wende“ beziehungsweise „Herausforderung“ nicht nur gegen die kulturellen Folgen von *Achtundsechzig*, sondern auch, was oft vergessen wurde, gegen ein positivistisch verkürztes Politikverständnis, wie es von seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt in Abgrenzung zu Willy Brandts eher missionarischem Regierungsstil vertreten worden war.

Intellektueller Antreiber einer geistig-moralischen Wende war der Erlanger Historiker Michael Stürmer, der betonte, dass jeder moderne Staat, auch die Bundesrepublik, einer „höheren Sinnstiftung“ bedürfe, „die nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren“.¹⁴ Er bedauerte „den Mangel an Stolz“ auf das, was seit 1945 im westlichen Teil des geteilten Deutschlands geleistet worden sei. Um Abhilfe zu schaffen, lautete seine Empfehlung hinsichtlich Kohls erster Regierungserklärung, die Zukunft gewänne nur, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.¹⁵ Damit war eine neue Disziplin geschaffen – die Geschichtspolitik, heftig in Zweifel gezogen vom politischen Gegner und Teilen der Historikerkunft, vor allem während des umstrittenen Gedenkens zum 8. Mai im Jahr 1985 auf dem Bitburger Soldatenfriedhof und der Historikerdebatte um die Singularität von Auschwitz in den Jahren danach.

Als Rita Süßmuth Mitte der 1980er-Jahre die Bonner Bühne betrat, beherrschten Heiner Geißlers reformkonservative Modernisierer weitgehend das gesellschaftspolitische Terrain. Vordenker wie Warnfried Dettling oder Wulf Schönbohm wurden auch gern als „68er in der CDU“ apostrophiert. Auf ihrem Bundesparteitag im März 1985 in Essen, historisch oft als „Frauenparteitag“ bezeichnet, schrieb sich die Union – einem kämpferischen Feminismus zum Trotz – ein familienfreundliches Partnerschaftsmodell und einen neuen Arbeitsbegriff neben der Erwerbsarbeit auf die Fahnen, um Müttern die Erziehungsjahre anzurechnen.

Parallel dazu bekundete die Partei mit den Stuttgarter Leitsätzen (1984) ihre Zukunftsoffenheit gegenüber neuen Technologien im Medienbereich, während sich die Linke zunächst wachstumskritisch und kulturkonservativ gegen das private Kabelfernsehen sträubte. Wegbereiter des technologischen Wandels war Bernhard Vogel mit dem „Urknall von Ludwigshafen“. Der langjährige, stark katholisch geprägte Herausgeber dieser Zeitschrift mühte sich um eine „Balance zwischen privatwirtschaftlichen Medienunternehmen und öffentlich-rechtlichen Anstalten“. Wiewohl seinem kritischen Urteil nicht entgehen sollte, dass „eine Konkurrenz um das bessere Fernsehen nicht entstanden“ sei. In seinen Erinnerungen bekennt er: „Die publizistische Vielfalt hat nicht im erwünschten Umfang zugenommen.“¹⁶

Nicht nur aufseiten der Status-quo-fixierten Linken, auch im Lager der rechten Mitte wurde man mit dem Epochenbruch 1989/90 auf dem falschen Fuß erwischt. Inmitten des Jubels über den Sieg des unerschütterlichen Westens im Kalten Krieg sorgten die Abschaffung der D-Mark und die Osterweiterung der Europäischen Union für Spaltungstendenzen.

Die Idee von Kerneuropa

1994, als über die Erweiterung oder Vertiefung der Europäischen Union heftig debattiert wurde, entwickelten Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble und der Bundestagsabgeordnete Karl Lamers ein Kerneuropakonzept, das eine engere Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten – etwa in den Bereichen Wirtschaft, Währung, Verteidigung und innere Sicherheit – vorsah. Wolfgang Schäuble schreibt dazu in seinen *Erinnerungen*: „Wir plädierten dafür, Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig stattfinden zu lassen, weil wir die Osteuropäer nicht auf das schwer absehbare Ende unserer Vertiefungsdebatte vertrösten konnten und weil umgekehrt auch der Erweiterungsprozess nicht zurückgestellt werden durfte.“¹⁷ Um die Integration zu forcieren, schwebte den Verfassern ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vor, damit Herausforderungen wie Eurokrisen effektiver bewältigt werden konnten und die

16 Bernhard Vogel: Erst das Land. Mein Leben als Politiker in West und Ost, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2024, S. 207.

17 Wolfgang Schäuble: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik, Stuttgart 2024, S. 320.

18 Alexander Gauland: *Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes*, Stuttgart/München 2002.

19 Andreas Rödder: *Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt*, München 2024.

Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Binnenmarkt gestärkt wurde. Kritiker von links witterten hinter der Kerneuropa-Idee nur eine Umwandlung des vereinten Kontinents in eine Zweiklassengesellschaft.

Alexander Gauland, der 2013 nach vierzigjähriger Parteimitgliedschaft die CDU verließ und aus Protest gegen den von ihm beklagten Verlust des Nationalstaates und die Einführung des Euro die Alternative für Deutschland (AfD) mitgründete, trieb derweil der „Kulturschock“ als Reaktion auf die rasende Modernisierung um. „Entschleunigter Fortschritt“ lautet die Zauberformel in seiner *Anleitung zum Konservativsein*¹⁸ aus dem Jahre 2002, mit der er innerhalb der CDU aber nicht reüssieren konnte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat der von ihm mitgeprägten rechtspopulistischen und in Teilen rechtsextremistischen Partei eher „völkisch-nationalistische Gesellschaftsbilder“ attestiert.

Diese sind aktuell Teil autoritärer Gegenentwürfe, die auf eine imperiale Herrschaft setzen, wie sie Andreas Rödder, bis 2023 Leiter der CDU-Grundwertekommission, heraufziehen sieht. Nicht auf eine Tendenz hin zu einer multipolaren Weltordnung, sondern auf einen „neuen Ost-West-Konflikt“ habe sich der Westen künftig einzustellen. „Im Westen glaubte man 1990, dass sich die eigenen Werte geradezu gesetzmäßig und global durchsetzen würden. Doch dies war ein Irrglaube, der zur Hybris verleitete.“¹⁹

Im Zuge einer Neuaufstellung nach der Merkel-Ära regte Rödder sogar eine „Flurbereinigung in der Namensfrage“ – das „C“ betreffend – an, doch dieser Impuls verfiel. Im Kampf gegen den Rechtspopulismus riet er zuletzt von der „Brandmauer“ ab, die mit Blick auf eine Koalitionsabhängigkeit vom links-grünen politischen Lager für die CDU einen „eisernen Käfig“ darstelle. Stattdessen plädiert er für eine „konditionierte Gesprächsbereitschaft“ anhand von „roten Linien“, die in grundsätzlichen Fragen die Grenzen markieren sollen.

Doch politische Profile haben zunehmend ihre Kontur eingebüßt. Großtheorien, lange Erzählungen und utopische Entwürfe gelten eher als anachronistisch. Einzelne Entscheidungen symbolisieren keine trennscharfe politische Richtung mehr. Demgemäß will uns der klassische Parteiintellektuelle eher wie ein Auslaufmodell erscheinen. Mag er auch als Verkünder universeller Werte oder als alarmistischer Mahner in Zeiten der disruptiven Verunsicherung seine Aura verloren haben, als schonungsloser Diagnostiker und konstruktiver Ratgeber wird er immer noch dringend benötigt.